

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung)

Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838

(Limburger Tageblatt)

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
zu jeder Woche eine Beilage.
Sommer- und Winterplan je nach Jahreszeiten.
Wochensender um die Jahreszeiten.

Redaktion, Druck und Verlag von Maria Wagner

No. 24/25 der Verlag u. Buchdruckerei in Limburg. Fernsprecher Nr. 22.

Anzeigen-Aufnahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Bezugspreis 2 Mark 70 Pf.

vierteljährlich oder halbjährlich.

Einzelhefte 30 Pf.

Die für die Limburger Zeitung oder deren Nachfolgerin die 91. und 92. Beilage 60 Pf. bezahlt wird nur bei Wiederholungen gewährt.

Nummer 259

Limburg, Donnerstag den 7. November 1918

81. Jahrgang

Die Waffenstillstandsverhandlungen beginnen.

Der Wortlaut der Antwortnote Wilsons.

Berlin, 6. Nov. (W.T.B. Amtlich.) Die durch Funkpruch hier eingetroffene Note der Vereinigten Staaten vom 5. November lautet in der Übersetzung:

In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel den mit den Vereinigten Staaten verbundenen Regierungen übermittelt hat mit dem Anheften, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundlagen herbeizuführen. Ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofür sie einen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, das folgendermaßen lautet:

Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie:

Ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind.

Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen (Bedingungen?) einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingung kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daher mit der im letzten Teile des angeführten Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß

Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

(Bemerkung: Amtlich ist die Note noch nicht eingegangen.)

Abreise der deutschen Delegation.

Berlin, 6. Nov. (W.T.B. Amtlich.) Die deutsche Delegation zum Abschluß eines Waffenstillstandes und zur Aufnahme von Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

Der Reichskanzler mahnt zur Einigkeit.

Berlin, 6. Nov. (W.T.B. Amtlich.) Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den 14 Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar

d. Js. zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marschall Foch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für die Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und disziplineloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet.

Ueber vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur die unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes die großen Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen. Die Aufrechterhaltung der bisherigen bewährten Ordnung freiwilliger Manneszucht ist in dieser Entscheidungstunde die unerlässliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß.

Mag jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden.

Deutsches Tageswacht.

Großes Hauptquartier, 6. Nov. (W.T.B. Amtlich.)

Bekehrter Kriegsschauplatz.

Infanteriekämpfe in der Scheldenebene. Auf dem Schlachtfeld zwischen der Schelde und der Dife haben wir uns vom Gegner abgetrennt. Der Feind, der gestern noch höchstem Artilleriefeuer seine Angriffe wieder aufnehmen wollte, stieß auf geräumte Stellungen. Bei seinem weiteren Vorgehen wurde er durch unsere Nachhut in Einzelkämpfe verwickelt, die im Walde von Normal und südöstlich von Landrecies größeren Umfang annahmen. Der Feind stand am Abend westlich von Baval, am Ostrand des Waldes von Normal, östlich von Landrecies und östlich von Givry. Auch zwischen der Dife und der Maas haben wir größere Bewegungen durchgeführt. Der Gegner ist im Laufe des Tages gefolgt und hat westlich der Aisne die allgemeine Linie Marie-Duval-Gros-Cely erreicht. Westlich der Aisne stehen wir mit ihm nördlich von Le Chesne und westlich von Beaumont in Gefechtsstellung. Stärkere Angriffe des Feindes bei Beaumont und Betanne wurden abgewiesen.

Südlich von Dun stieß der Amerikaner unter heftigem Feuer aus über die Maas und drang in die Waldungen auf den östlichen Maasböden zwischen Willy und Vitoines ein. Das schottische Jägerregiment Nr. 7 warf den in der Mitte der Kampffront auf Fontaine vorrückenden Feind zurück und nahm den Epiney-Wald wieder. Die Kämpfe fanden auf dem Komplex der östlichen Maasböden ihren Abschluß. Auf dem Ostufer der Maas schlugen brandenburgische und schottische Regimenter erneute Angriffe der Amerikaner auf den Höhen östlich von Givry und in dem Walde von Etrope ab.

Wir schossen am 4. 11. 45 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Bolte und Leutnant Kornicke erran an ihren 35. Lufttag.

Der erste Generalquartiermeister: Gröner.

Der Abendbericht.

Berlin, 6. Nov., abends. (W.T.B. Amtlich.) Vorige Angriffe nördlich von Valenciennes, bei Baval und bei Aulnoy an der Somme konnten die Durchführung der zwischen Schelde und der Dife eingeleiteten Bewegungen nicht hindern. Von der Dife bis zur Maas keine größeren Kämpfe. Auf dem Ostufer der Maas erneute Angriffe der Amerikaner. Südlich von Dun konnten sie etwas Boden gewinnen, im übrigen sind sie gescheitert.

Bonar Law's Ansicht.

Rotterdam, 6. Nov. Nach einem Londoner Telegramm erklärte Bonar Law heute im Unterhause, die Waffenstillstandsbedingungen seien nicht die Friedensbedingungen. Man sei entschlossen, dem Feinde die Hand zu reichen. Bei verständnisvollem Entgegenkommen könnte der Friede bis Januar geschlossen sein.

Vorläufige Schließung der holländischen Grenze gegen die belgischen Flüchtlinge.

Haag, 5. Nov. (W.T.B.) Korrespondenzbüro. Wie das Korrespondenzbüro erfährt, hat die holländische Regierung jetzt vorläufig die Grenze für Flüchtlinge im Hinblick auf den allgemeinen Gesundheitszustand in Holland schließen müssen. Dieser gefährdete sowohl das holländische Volk wie die Flüchtlinge, wenn eine Ueberfüllung eintritt. Erst wenn die Flüchtlinge allmählich in ihr Land zurückgeführt sein werden, kann an eine Öffnung der Grenze wieder gedacht werden.

Aus Kiel.

Nach den Berichten Kieler und Hamburger Blätter, haben sich nach sehr bedauerlichen Vorgängen am Sonntag die Ereignisse in Kiel folgendermaßen abgespielt: Am Montag erschien ein Erlass des Gouverneurs, in dem die in eine Bewegung eingetretenen Matrosen aufgefordert wurden, ihre Wünsche zu äußern. Infolgedessen traten die Abordnungen der Matrosen zu einer Beratung zusammen und stellten ein Programm ihrer Wünsche auf. Darunter befanden sich folgende: die Anerkennung des inzwischen gebildeten Soldatenrates, bessere Behandlung der Mannschaften, Befreiung von der Gruhpflicht, Gleichheit der Offiziere und Mannschaften in der Verpflegung, Aufhebung der Offizierskassinos, Freigabe der wegen Gehorsamsverweigerung verhafteten Personen, die sich zurzeit in den Arrestlokalen befinden und Straflosigkeit der nicht auf die Schiffe zurückgeführten Mannschaften. Diese Forderungen wurden dem Gouverneur durch eine Abordnung der Matrosen überbracht und vom Gouverneur bewilligt. Die Matrosen verpflichteten sich, ihren Dienst wieder aufzunehmen und Gehorsam zu üben, verpflichteten sich insbesondere auch zur unbedingten Aufrechterhaltung der Ordnung und gestanden zu, daß jedermann, der beim Plündern betroffen würde, auf der Stelle standrechtlich zu erschießen sei.

Inzwischen kamen Staatssekretär Hauemann und Abgeordneter Rostke nach Kiel. Die in ihrem Beisein vom Gouverneur beschlossenen Punkte lauten: 1. Hauemann nimmt die Forderungen der Matrosen an und verspricht schnelle Durchsicht bei der Regierung, 2. sofortige Abbrechung sämtlicher gegen die Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen, 3. Einwirkung zum Einlaufen der Flotte, 4. unter Mitwirkung des Arbeiterrats werden dem Soldatenrat die Ältern der in Haft befindlichen Personen vorgelegt, um über deren Freilassung mit Ausnahme der wegen unehrenhafter Handlungen Verurteilten zu entscheiden. — Auf dem Minierschiff „König“ verteidigten am Sonntag die Offiziere mit der Pistole in der Hand die deutsche Kriegsflagge. Sie wurden aber durch die Mannschaften bezwungen, die Kriegsflagge wurde heruntergeholt und die rote Flagge gehißt. Von den Offizieren sind zwei tot, darunter der Kommandant, der die Mannschaften nicht an Land gehen lassen wollte; mehrere sind verwundet. Von vier Infanteriekompanien, die nachts in Kiel ankamen, haben sich sofort drei der Bewegung angeschlossen, die vierte wurde entwaffnet. In den Nachtstunden kamen auch von Wandsbeck Husaren angetrieben, sie wurden aber eine Stunde vor Kiel von Marinemannschaften mit Maschinengewehren empfangen und zum Rückzug gezwungen. Der Soldatenrat hat beschlossen, daß alle Offiziere in ihren bisherigen Stellungen verbleiben sollen, sich aber den Anordnungen des Soldatenrats zu fügen haben. Der Befehl, den Offizieren die Kofarde abzunehmen, wurde am Vormittag auf Anregung des Arbeiterrats rückgängig gemacht und ausdrücklich betont, man müsse unter allen Umständen den Offizieren eine menschenwürdige Behandlung zu teil werden lassen. Der Gouverneur wurde am Montag abends nach dem Bahnhof geholt und dort mehrere Stunden festgehalten, weil man vermutete, daß noch mehr Truppen von auswärts kommen würden. Dann wurde er wieder in seine Wohnung geleitet. Auf dem Turm des königlichen Schlosses mußte die Standarte des Prinzen Heinrich niedergeholt werden. An verschiedenen Stellen in der Stadt sind Maschinengewehre aufgestellt worden, so vor dem Bahnhof, vor dem Gewerkschaftshaus und an anderen Stellen. Die Bürger können vollständig frei verkehren. Nigends sind Absperren vorgenommen worden.

Die Forderungen der Kieler Soldaten.

Berlin, 6. Nov. Die Forderungen des Kieler Soldatenrats, die vom Gouverneur angenommen wurden, umfassen laut „Kieler Neuesten Nachrichten“ folgende Punkte: 1. Freilassung sämtlicher inhaftierter politischer Gefangenen; 2. vollständige Rede- und Pressefreiheit; 3. Unterlassung der Briefzensur; 4. sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch die Vorgesetzten; 5. straffreier Verkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in den Kasernen; 6. die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben; 7. alle Schutzmaßnahmen mit Blutvergießen haben zu unterbleiben; 8. alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden vom Soldatenrat seltgestellt; 9. es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr; 10. unbefristete persönliche Freiheit jedes Mannes von der Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Tages; 11. die Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des Soldatenrats einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alle übrigen haben ohne Anspruch auf Vergebung den Dienst zu quittieren; 12. jeder Angehörige des Soldatenrats ist von jeglichem Dienst zu befreien; 13. sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind durch Mitglieder des Soldatenrats zu treffen. — Diese Forderungen sind für jede Militärperson die Ziele des Soldatenrats.

Die Vorgänge in Kiel und Hamburg.

Berlin, 6. Nov. (W.T.B.) Ueber die Lage in Kiel erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist vollständig hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegsflagge. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgeführt. Die Mannschaften der Marine bemühen sich, Ordnungswidrigkeiten entgegenzutreten. Es folgt allmählich allgemeine Abgabe der Waffen. Privathäuser und Geschäfte bleiben ebenso wie Lazarette und Krankenhäuser unbehelligt. Die Banken sind fast alle in Betrieb. Die Verpflegung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung ist bisher nicht gefährdet. Die Betriebe sind noch im Ausstand. Die Bevölkerung ist ruhig.

Berlin, 6. Nov. In der am Montagabend auf der Marinekaserne abgehaltenen Besprechung mit Hauptmann und Roste erging folgende Rundgebung: Kameraden! Der gestrige Tag wird in der Geschichte Deutschlands für ewig bedeutungsvoll sein. Zum erstenmal ist die politische Macht in die Hände der Soldaten gelegt worden; ein Zurück gibt es nicht mehr. Große Aufgaben liegen vor uns; aber damit sie erfüllt werden können, ist Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung erforderlich. Wir haben einen Soldatenrat eingesetzt, der einmütig mit dem Arbeiterrat verhandelt. Folgt seinen Anweisungen, und inzwischen sorgt für Ruhe und Ordnung, damit sich nichts ereignet, was gegen uns ausgeht werden kann. Denkt auch an die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Kasernen.

Berlin, 6. Nov. Wie dem „Vorwärts“ aus Kiel gemeldet wird, werden am Montagabend Verhandlungen der Matrosen mit dem Gouverneur und dem Staatssekretär Hauptmann, dem Vertreter der Regierung, geschlossen. In denen um Teil der Forderungen der Matrosen erfüllt wurde. Hauptmann sagte weitgehendst Entgegenkommen zu. Es herrscht wieder Ruhe und Ordnung. Abgesehen von den bedauerlichen Vorgängen am Sonntag, ist die Bewegung in gut wie unbedeutend verlaufen.

Berlin, 6. Nov. (W.T.B.) Ueber die Lage in Kiel erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist vollständig hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegsflagge. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgeführt. Die Mannschaften der Marine bemühen sich, Ordnungswidrigkeiten entgegenzutreten. Es folgt allmählich allgemeine Abgabe der Waffen. Privathäuser und Geschäfte bleiben ebenso wie Lazarette und Krankenhäuser unbehelligt. Die Banken sind fast alle in Betrieb. Die Verpflegung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung ist bisher nicht gefährdet. Die Betriebe sind noch im Ausstand. Die Bevölkerung ist ruhig.

Das stolze Schweigen.

Roman von H. Courths-Wahler.

33)

(Nachdruck verboten.)

„Ich habe es gehört — so wahr ich dieses Mädchen liebe mit allen Fasern meines Seins. Und deshalb will ich mit ihr heimfahren. Ich muß mit ihr sprechen, muß ihr sagen, daß sie mich zum Wahnsinn treibt, wenn sie einem anderen angehört wird. Sie soll wenigstens wissen, wie es um mich steht. Vielleicht erbarmt sie sich meiner. Ich kann nicht auf sie verzichten — muß wenigstens das Aeußerste wagen, um sie mir zu erringen. Laß mich deine Stelle einnehmen. Ich will wenigstens alles versucht haben, was in meinen Kräften steht, ehe ich —“

Hier stockte Walter plötzlich wie über sich selbst erschrocken. Er hatte in seiner Erregung hervorstechen wollen: „Ich bin zum Verbrecher werde.“ Aber nun schrak er auf und fügte hinzu: „Ehe ich alle Hoffnung aufgebe.“

Hans biß die Zähne wie im Krampf aufeinander. Was sollte er über Ruth denken? Wenn sie sich wirklich mit seinem Onkel verlobt hatte, woran er nach Walters Worten nicht zweifeln konnte, dann hatte sie ihn mit jedem Blick, mit jedem Wort belogen. War dieses Mädchen falsch, wie konnte er dann je wieder einem weiblichen Wesen glauben?

Alle Freude war in seinem Herzen erloschen. Was sollte ihm jetzt noch die gemeinsame Heimfahrt mit ihr? „Run, Hans?“ drängte Walter.

Er schrak aus seinem Brüten auf. Und er sah es wie Wahnsinn aus Walters Augen leuchten. Da überkam ihn eine unbestimmte Angst, daß Walter sich zu irgend welcher Torheit hinreißen lassen könnte.

Da Ruth Onkel Heinz versprochen war, mußte sie für ihn sowohl wie für Walter unantastbar sein. Er durfte diesen wahnsinnig erregten Menschen nicht allein mit ihr lassen. Er war unzurechnungsfähig und wußte nicht, was er tat in seiner sinnlosen Erregung. Und immerhin war sie eine Dame, der er seinen Schutz angedeihen lassen mußte. Er schüttelte deshalb energisch den Kopf.

„Nein, Walter, ich kann und will deinen Wunsch nicht erfüllen, schon, um dich von einer Torheit zurückzuführen.“

Die neuesten Vorgänge in Hamburg.

Hamburg, 6. Nov. Da sich die Straßendemonstrationen, die sich bisher in ruhiger Weise abspielten, verstärkt haben, bleibt die Hamburger Börse heute geschlossen. Soldaten und Marineangehörige nahmen ihren Offizieren und den noch nicht angeführten Kameraden die Waffen ab. Auf den Werften ruht die Arbeit fast gänzlich. Die Schiffe im Hafen tragen rote Flaggen. Heute mittag wurde ein Soldatenrat gebildet, der an die Kommandantur in Altona folgende Forderungen in Form eines Ultimatums gestellt hat: 1. Freilassung aller inhaftierten Militärpersonen, 2. Abschaffung aller Gradeabzeichen, 3. Uebernahme der Lebensmittelversorgung durch den Soldatenrat. Bis 4 Uhr nachmittags wird Antwort gefordert.

Berlin, 6. Nov. (W.T.B.) In Hamburg sind die Betriebe ausständig. Es ist zu Disziplinslosigkeit und gewalttätigen Uebergriffen gekommen. Gleiches wird aus Lübeck gemeldet. Abgesehen von Ausschreitungen in einigen Werken ist Privateigentum nicht beschädigt oder angegriffen worden. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.

Von Kaiser Karl.

Wien, 5. Nov. (W.T.B.) Die Korrespondenz Wilhelm meldet: Die Nachricht von der bevorstehenden Auflösung des Hofstaates und der Entlassung der Gardes entspricht den Tatsachen. Dagegen ist die Nachricht von einer angeblich vor einigen Tagen mit dem Ziele Budapest angetretenen und sodann in Preßburg unterbrochenen Reise Kaiser Karls unrichtig.

Zur Lage in Wien.

Wien, 5. Nov. (W.T.B.) Die Blätter melden: In Wien und Umgebung herrscht heute völlige Ruhe. Auf den Bahnhöfen hat sich die Lage nicht wesentlich geändert, doch ist die Gefahr, welche in der Ansammlung zahlreicher der Abreise harrender Kriegsgefangener gelegen hat, vorläufig geschwunden. Es ist auf allen Bahnhöfen Militär aufgestellt, um bei etwaigen Unruhen oder Plünderungen sofort einschreiten zu können. Der Zivilverkehr von den Bahnhöfen ist allerdings noch sehr eingeschränkt, teilweise sogar gesperrt.

Zur Lage in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 5. Nov. Die diplomatische Lage stellt sich gegenwärtig folgendermaßen dar: Der deutsch-österreichische Staatsrat steht auf dem Standpunkt, daß er für die Waffenstillstandsbedingungen eine Verantwortung übernimmt, wenn gleich bei der allgemeinen Auflösung der 1. und 2. Armee auch die deutsch-österreichischen Truppen nicht mehr in der Lage sind, den Kampf zur Verteidigung Deutsch-Oesterreichs fortzusetzen. Die weitere Entwicklung hängt davon ab, ob die Entente nunmehr das wehrlose Deutsch-Oesterreich als Aufmarschgebiet gegen Deutschland benutzen wird. Das wiederum wird voraussichtlich davon abhängen, wieviel Zeit zwischen dem Abschluß des Waffenstillstandes durch die 1. und 2. Regierung und dem Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Deutschland und seinen Gegnern verstreichen wird. Kommt es zu einem Vormarsch der Feinde gegen Deutschland durch Deutsch-Oesterreich, dann wird es der deutschen Heeresleitung überlassen bleiben, ob sie dem Gegner entgegenzutreten will. In keinem Fall werden die Beziehungen zwischen dem Reich und Deutsch-Oesterreich eine Erhöhung erfahren. Man erwartet vielmehr in den Kreisen des Staatsrates, daß Botschafter Graf Wedel in wenigen Tagen als Vertreter der deutschen Reichsregierung bei der deutsch-österreichischen Regierung beglaubigt werden wird.

Aus der niederösterreichischen

Landesversammlung.

Wien, 5. Nov. (W.T.B.) Wiener 1. und 2. Korrespondenz. Die niederösterreichischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten haben sich heute als niederösterreichische Landesversammlung zusammengetan und den Christlich-Sozialen Steiner zum Landeshauptmann, den Sozialdemokraten Sezer und den Christlich-Sozialen Weyer zu seinen Stellvertretern gewählt und einen siebenköpfigen Landesauschuß eingesetzt. Die Landesversammlung hat einen Antrag angenommen, daß die bisherige landesfürstliche Landesregierung mit der Selbstverwaltung des Landes vereint und von dem Landeshauptmann und anderen von der Landesversammlung gewählten Organen geführt wird. Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte namens der Versammlung die deutsch-österreichische

Rationalversammlung, den Staatsrat und die Staatssekretäre und gelobte ihnen Treue und werthvolle Mitarbeit. Von Schmerz über die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt, entbot er den Brüdern im Deutschen Reich herzliche Grüße von Volk zu Volk (lebhafteste Heilrufe) und bemerkte: Unsere Größe sollen künden die Treue, die wir halten und die untrennbare Gemeinschaft aller Deutschen. (Lebhafter Beifall und Handklopfen). Die Versammlung nahm schließlich einstimmig einen Dringlichkeitsantrag Weiskirchners auf Einbeziehung der südmährischen deutschen Gemeinden in die Landesverwaltung Nieder-Oesterreichs an.

Beherrigungswort aus einer Wiener Kirche.

Wien, 5. Nov. (W.T.B.) Nach den Blättern hat Fürst-Erzbischof Piffl in der Döbbling-Parochialkirche über die gegenwärtigen Verhältnisse gesprochen und gesagt: Die grundsätzliche Frage für die nächsten Wahlen zur Nationalversammlung ist die ob Republik oder Monarchie. Als Katholiken treten wir in Deutsch-Oesterreich für den monarchischen Gedanken ein, nicht als ob die katholische Kirche grundsätzliche keine andere Regierungsform zuließe, sondern weil wir zunächst keinen Grund haben, dem Kaiser die Treue zu brechen, der sich seit zwei Jahren Tag und Nacht für seine Völker mühte und opferte. Weil wir zweitens in der monarchischen Regierungsform auf demokratischer Grundlage die sicherste Gewähr für eine ruhige und gedeihliche Entwicklung der österreichischen Völker, ganz besonders des deutschen Volksstammes erblicken, weil wir glauben, daß in der Monarchie, in welcher dem Volke die ihm gebührende Macht gewährt ist, seine Geschichte zu entscheiden, das Glück des Volkes besser geborgen ist, als in der Republik. Wollen unsere neugegründeten Nationalstaaten nicht zu voller Bedeutungslosigkeit herabsinken, so werden sie sich früher oder später doch wieder zusammen schließen müssen.

Die Beziehungen zu den Italienern.

Wien, 5. Nov. (W.T.B.) Die italienischen Abgeordneten von Südtirol und dem Rastland sprachen heute bei dem Leiter der Staatskanzlei Dr. Renner vor. Im Namen ihrer Nation beglückwünschte der Abgeordnete Pittoni die Deutschen Oesterreichs zur Errichtung ihres eigenen Staatswesens und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich nach den vorübergehenden Erschütterungen die alte Freundschaft zwischen den beiden Nationen wieder herstellen werde. Der Leiter der Staatskanzlei, Dr. Renner, dankte im Namen des Staatsrats für diese freundliche Begrüßung. Er hob hervor, daß die Deutschen das Land und Volk Italiens nicht nur geschätzt, sondern geradezu geliebt haben und zu ihnen gepflegt sind. Das alte Regime Europas hat diese freundschaftlichen Beziehungen zerstört. Das neue Regime der Demokratie, an dem wir arbeiten, wird hoffentlich diese Beziehungen wieder jünger als jemals gestalten. Die ehemaligen österreichischen Italiener wünschten, mit der allgemeinen Vertretung der Abgeordneten Pittoni, mit der südtirolischen Herrn Bonfanti, mit den südtirolischen den Abgeordneten Dr. Bugatte und mit den Angelegenheiten die speziell die Flüchtlinge betreffen, Herrn Montell zu betrauen. Der Staatsrat nahm diese Betrauung zur Kenntnis und wird allen Behörden ein freundschaftliches Entgegenkommen zur Pflicht machen.

Budapest, 5. Nov. (W.T.B.) Ministerpräsident Graf Karolyi reiste nicht, wie gemeldet wurde, zwecks Friedensverhandlungen nach Padua. Der Ministerrat beschloß, den Justizminister Dionysius Berpaly nach Belgrad zu entsenden, wo er mit General Franzek in Verbindung treten wird.

Budapest, 5. Nov. (W.T.B.) Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Büros. Sämtliche bisher hier etabliert gewesenen reichsdeutschen Militärbehörden sind am Samstag nach 11 Uhr nachts mit einem Dampfer nach Passau abgegangen.

Worte der russischen Botschaft.

Berlin, 6. Nov. (W.T.B. Amtlich.) Die russische diplomatische Vertretung reiste heute früh mit Sonderzug nach Rußland ab.

Wir und die russische Regierung.

Berlin, 5. Nov. (W.T.B.) Die deutsche Regierung verlangte von der russischen Regierung Bürgschaften dafür, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde, und daß der noch immer ungeklärte Mord an dem Gesandten Grafen Mirbach

Ihr ganzes Herz lag in ihren Augen, als sie zu ihm aufblickte.

Sie erschrak, als sie in sein verändertes Gesicht blickte. Wo war der strahlende, zärtliche Uebermut von vorhin geblieben, der ihm aus den Augen gelacht hatte, als er ihr von dem ererbten Los erzählt hatte?

„Was ist Ihnen?“ entfuhr es fassungslos ihren Lippen. Er nahm sich zusammen.

„Es ist nichts — bitte, achten Sie nicht auf mich. Darf ich bitten —“

Formell reichte er ihr den Arm und führte sie zu dem Schlitzen hinaus, der für sie bereit stand. In ritterlicher Weise sorgte er für ihre Bequemlichkeit. Aber er tat es in einer kalten, mechanischen Art. Sie sah immer wieder besorgt und ängstlich in sein Gesicht.

Er nahm neben ihr Platz. Gerade als der Schlitzen abfuhr, stand plötzlich Walter dicht neben demselben und sah mit einem verzehrenden Ausdruck in Ruths Gesicht. Sie merkte es nicht. In sich versunken, sah sie neben Hans und ihr war so weh und traurig ums Herz, daß sie hätte weinen mögen.

Der Schlitzen fuhr davon, den andern nach. Das Schellengeläute klang durch den stillen Wald. Und nun waren sie allein. Der Rutscher, der seinen breiten Westrock hochgeschlagen hatte und vor ihnen sah, war so gut als nicht vorhanden. Er sah und hörte nichts, was hinter ihm vorging.

Im matten Abendlicht, der die weißbesneite Waldbeschneidung in ein blaues Licht tauchte, lag der Weg vor ihnen. Vor und hinter ihnen klang Lachen und Scherzen und das Schellengeläute der Pferde.

Lange saßen Hans und Ruth schweigend nebeneinander. Dies Schweigen wurde Ruth schließlich doch peinlich und unerträglich. Sie richtete sich entschlossen auf und fragte:

„Was ist Ihnen Herr von Bainsberg? Weshalb sind Sie so schweigend? Sind Sie nicht wohl?“ fragte sie.

Er reckte sich auf und wandte ihr sein blaues, kaltes Gesicht zu. Mit einem kalten, schneidenden Blick sah er in ihre Augen, die unruhig stehend in den seinen hingen.

...eine auszeichnende Sühne findet. Die russische Regierung wurde ersucht, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso wurden die deutschen amtlichen Vertreter in Rußland abberufen.

Russische revolutionäre Propaganda in Deutschland.

Berlin, 5. Nov. Seit längerer Zeit liefern Fäden der in Deutschland unternommenen bolschewistischen Agitation in der russischen Botschaft zusammen. Bestimmte Beweise dafür waren bis jetzt schwer zu erbringen. Nunmehr aber ist festgestellt worden, daß von Moskau aus revolutionäre Agitationsmaterial an die russische Botschaft in Berlin zur Weiterverbreitung in Deutschland geschickt wird. Gestern Abend ist ein für die russische Botschaft in Berlin bestimmter Kurier der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen. Beim Heruntertragen des Gepäcks stürzte eine Kiste auf die Treppe und wurde beschädigt. Dabei fielen eine ganze Menge in deutscher Sprache abgedruckte Flugblätter heraus, in denen die deutschen Arbeiter und Soldaten zum blutigen Aufstand aufgefordert werden. Eines dieser Flugblätter enthält den Aufruf zum revolutionären Kampf und empfiehlt den Mordmord und Terror. Auf Erfinden der Bahnbehörde wurde daraufhin das gesamte Gepäck des Kuriers der Sowjetregierung beschlagnahmt und zur Untersuchung gebracht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Vorgehen der russischen Regierung den völkerrechtlichen Grundregeln auf das entschiedenste widerspricht, und es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß gegen diese Art der revolutionären Propaganda der russischen Regierung in Deutschland mit Hilfe der Kuriers der Sowjetregierung eingeschritten werden wird.

Ein neuer Fall amtlicher bolschewistischer Propaganda.

Berlin, 5. Nov. (W.T.B.) Gestern wurde amtlich mitgeteilt, daß der Kurier der Berliner diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter in völkerrechtswidriger Weise nach Berlin gebracht hat, welche die deutschen Arbeiter und Soldaten zum blutigen Aufstand, Mordmord und zum Terror auffordern und nähere Anweisungen hierzu geben. Heute liegt ein weiterer Fall beratigen agitatorischen Treibens vor, der beweist, daß von amtlicher bolschewistischer Seite revolutionäre Propaganda auch unter unseren Truppen im Osten getrieben wird. Die offizielle Zeitung der russischen Sowjetregierung, „Iswestija“ enthält in ihrer Nummer 227 unter der Überschrift „Der rote Soldat“ folgende vom 17. Oktober datierte Nachricht aus Smolensk: Hier traf heute die erste Nummer der Zeitung „Der rote Soldat“, die vom Kriegsrevolutionat der deutschen Armee herausgegeben wird, ein. — Die Soldaten werden darin zur sozialen Revolution und zur Bildung einer kommunistischen Partei anstelle der überlebten Sozialdemokratie aufgefordert.

— Wie in Berlin an zureichender Stelle bekannt ist, wird die Zeitung „Der rote Soldat“ in Rußland von amtlicher bolschewistischer Seite als Propagandaorgan gedruckt und über die Grenze geschmuggelt. Bei der Ostarmee besteht weder eine solche Zeitung noch ein Kriegsrevolutionat. Die Nachricht ist also eine für bolschewistische Zwecke angebrachte Unwahrheit, wenn auch anzunehmen ist, daß der gesunde Geist unserer Truppen im Osten diesem agitatorischen Treiben der Bolschewiki-Regierung energischen Widerstand entgegenzusetzen wird, daß die Truppenführer alle Schutzmahnahmen getroffen haben, um diese bolschewistische Propaganda unschädlich zu machen, so muß im Interesse der Aufklärung unserer Bevölkerung und anderer Heeres doch dieser neue Fall amtlicher bolschewistischer Propaganda als besonders dreist, öffentlich gebrandmarkt werden.

Rußland und die Tschecho-Slowaken.

Bern, 5. Nov. Wie die „Nuff. Nachr.“ melden, hat die russische Sowjet-Regierung in einer Note vom 31. Oktober der tschecho-slowakischen Regierung feierlich erklärt, daß sie niemals der Schweiz gekommen sei wie in Rußland die fiedlichen Tschecho-Slowaken der österreichisch-ungarischen Regierung auszuweisen. Die Sowjetregierung ist bereit, den Tschecho-Slowaken die Möglichkeit aus Abzug aus Rußland und die Rückkehr in ihr Heimatland nach Beendigung ihrer Waffen unter voller Gewährleistung ihrer Sicherheit zu gewähren und wüßte mit der tschecho-slowakischen Regierung in direkte Beziehungen über die Bedingungen der Heimkehrung treten.

Das passive Frauenwahlrecht in England.

Babel, 5. Nov. Nach einem Londoner Havagbericht nahm das englische Unterhaus einstimmig in zweiter Lesung die Bill an, durch die die Frauen das Recht erhalten, ins Unterhaus gewählt zu werden.

Finnland.

In Finnland liegen offiziöse englische Erklärungen vor, daß die Entente Finnland nicht wieder zum russischen Vasallen-

staat machen will. Finnland solle beim Friedensschluß das Selbstbestimmungsrecht bekommen; die östliche Frage bleibe einzuweisen in der Schwebe. Lord Cecil erklärte ferner in einem Interview, die Entente habe nichts gegen ein freies Finnland, wenn es nur eine feste Regierung bekomme, die aus Persönlichkeiten bestehe, ohne Verbindung mit Deutschland und dem deutschen Militarismus. Danach ist ein Regierungswechsel die Grundbedingung einer außenpolitischen Umorientierung Finnlands nach der Entente; ein solcher Wechsel ist bereits in Aussicht genommen.

Die Gefangenenebehandlung in Frankreich.

Berlin, 5. Nov. (W.T.B.) Nach zuverlässigen Meldungen wird das Verhalten der Franzosen gegenüber den neu gemachten deutschen Kriegsgefangenen immer bössartiger und grausamer, obwohl Frankreich sich in den Berner Vereinbarungen zu menschlicher Behandlung der Kriegsgefangenen verpflichtet. So werden noch immer die Deutschen bei ihrer Gefangennahme beraubt und verbleiben zunächst mehrere Wochen im Elapengebiet, wo sie unter freiem Himmel liegen und keinerlei Fürsorge erfahren. — Gegen diese nichtswürdigen Verletzungen des Völkerrechts wurde sofort energig protestiert. Ferner ist die Schweizerische Gesellschaft in Paris ersucht worden, die Verhältnisse in den Sichtungslagern sofort durch Delegierte prüfen zu lassen und bei der französischen Regierung nachdrücklich auf Abhilfe zu dringen.

Parlamentarisierung im Großherzogtum Oldenburg.

Oldenburg, 5. Nov. (W.T.B.) Der Landtag wurde heute im Großherzoglichen Schloß vom Großherzog persönlich eröffnet. In der Thronrede, die der Großherzog verlas, kündigte er folgende Parlamentarisierung an: Es soll ein ständiger Landtagsausschuß als einheitliche Behörde mit der Regierung zusammen über alle wichtigen Staatsangelegenheiten Beschluß fassen.

Der neue Kriegskredit.

Berlin, 6. Nov. Der dritte Nachtragsetat zum Reichsetat für 1918 ist dem Reichstage jetzt zugegangen. Er fordert einen neuen Kriegskredit von 15 Milliarden. Ein vierter Nachtragsetat fordert 100 Millionen zur Gewährung von Bauleistungsprämien. Es handelt sich um die erste Rate von den 500 Millionen, die der Reichstag für diese Zwecke bewilligt hat.



bandwirte
reinigt und beizt das Saatgut!

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 7. November 1918

„Keine Furcht vor Holzsohlen! Es gibt heute schon Holzsohlen, auf denen man bequem und weich gehen kann. Wer Sperrholzsohlen und Halbholzsohlen getragen hat, weiß, daß diese Sohlen nicht einmal klappern. Und das Klappern wäre doch noch das wenigste! Wir verlangen von der Sohle Dauerhaftigkeit, Wärme und Wasserbidrigkeit. Diese wichtigsten Eigenschaften des Leders dürfen wir auch von der Holzsohle erwarten. Sperrholzsohlen (leichtes Holz, das besonders wasserbidrig gemacht ist, mit Lederabfällen) und Halbholzsohlen haben sich in der Länge und in der Breite geschickt angepasst. Von allen Ersatzsohlenarten kommen gerade die Holzsohlen dem Leder am nächsten. Die von der Reichsregierung zur Sohlenprüfung und Sohlenbefestigung eigens errichtete, dem Reichswirtschaftsamt unmittelbar unterstellte Kriegsorganisation hat auch dafür gesorgt, daß sich die Kenntnis der Holzsohlenverarbeitung bei den Schuhmachern weiterverbreitet hat. In einer Lehrwerkstätte für Schuhmacher in Berlin haben Handwerker aus allen Gegenden unseres Vaterlandes die geschickte und zuverlässige Verarbeitung der Holzsohlen erlernt und ihre erworbenen Kenntnisse daheim auch an ihre Fachgenossen weitergegeben. Die einschichtigen Schuhmacher wissen längst, daß sie ihren Kundenkreis mit Ersatzsohlen nur dann zufriedenstellend bedienen können, wenn sie sich mit der besonderen fachgemäßen Bearbeitungsweise der Holzsohlen vertraut gemacht haben. Heutzutage bildet die Kenntnis der Holzsohlenverarbeitung ein sehr wichtiges Stück unter dem Fachwissen des tüchtigen mit der Zeit gehenden Handwerkers. Das wird auch für das Vertrauen der Rundschaft sehr bald entscheidend sein.“

„Rassauische Krappelfürsorge. Unter diesem Namen wird, wie wir erfahren, der leibteriae Verein Kinderheim, durch Beschluß einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 31. Oktober im Landhaus zu Wiesbaden, seine überaus segensreiche Tätigkeit weiter entfalten. Bekanntlich besitzt der Verein auf der Moßhöhe bei Wiesbaden ein hiebzehn Morgen großes Grundstück zur Errichtung einer eigenen Anstalt, die der Aufnahme und Behandlung einer großen Anzahl Verkrüppelter dienen soll. Das als vorübergehende Einrichtung gepachtete Anwesen reicht bei den heutigen Anprüchen, die an den Verein gestellt werden, bei weitem nicht mehr aus, und es wäre zu wünschen, wenn sich viele Gönner aus allen Kreisen den edlen Bestrebungen der Rassauischen Krappelfürsorge anschließen würden. In Ausläuten ist die Geschäftsstelle des Vereins, Taunusstraße 77, in Wiesbaden jederzeit bereit.“

„Von der Post. Die Kartoffelernte ist teilweise noch sehr im Rückstande und wegen der zu befürchtenden Fröste in größter Gefahr. Die Postverwaltung muß deshalb, wie es auch von anderer Seite geschieht, ihrem Personal die Hilfeleistung tunlichst gestatten. Vorübergehende Dienstbeschränkungen, insbesondere der Schalterdienststunden, des Bestellendienstes, der Briefkastenleerungen usw. sind dabei nicht zu vermeiden. Sie werden aber von kurzer Dauer sein.“

Amtlicher Teil.

(Nr. 259 vom 7. November 1918)

Berordnung

Betr.: Versand von Briefen und Postkarten nach dem Auslande.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Befehlssbereich des 18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:

„Auf Briefen und Postkarten nach dem Auslande hat der Absender seinen Vor- und Zunamen, Wohnort nebst Straße und Hausnummer anzugeben. Briefe und Postkarten, die diesen Vermerk nicht enthalten, werden von der Beförderung ausgeschlossen.“

Falsche Angaben des Absenders werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.“

Frankfurt a. M., den 15. Oktober 1918.

Stellv. Generalkommando.
18. Armeekorps.

Abt. IIIb, Abwehr. Tgb.-Nr. 5200/12 103.

Berordnung

Betr.: Verbot des Auslandsversandes von Zeitungen und Zeitschriften mit Anzeigen.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Befehlssbereich des 18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:

Periodische Druckschriften sind während der ersten zwei Wochen nach dem Erscheinungstage nur ohne Anzeigenteil oder mit völlig unleserlich gemachten Anzeigen zum Auslandsversand zugelassen. Als Anzeigen in diesem Sinne gelten alle nicht unter Verantwortung der Redaktion erscheinenden Veröffentlichungen, wie z. B. in Verbindung mit Anzeigen eingelebte sogenannte redaktionelle Notizen.

Ausgenommen sind:

1. Anzeigen amtlicher Stellen und öffentlich-rechtlicher Korporationen Deutschlands und der mit ihm verbündeten Staaten.
2. Geschäftsberichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und Emissionsprospekte handelsgerichtlich eingetragener Firmen.
3. Anzeigen, deren Annahme mindestens 14 Tage vor dem Ausgabetermin der Druckschrift erfolgt ist; diese Anzeigen aber nur, wenn sich auf der betreffenden Seite überhaupt keine ausfuhrerholene Anzeige (vergl. auch 1 und 2) befindet und dies durch ein eingedrucktes Zeichen in der rechten oberen Ecke der betreffenden Seite kenntlich gemacht ist.

Um die Innehaltung der 14tägigen Frist zwischen Anzeigenannahme und Ausgabe kontrollieren zu können, ist von den in Betracht kommenden Anzeigen eine Abschrift der zuständigen drücklichen Zensurstelle vorzulegen und rechnet die 14tägige Frist erst von dem Tage dieser Vorlegung an.

Periodische Druckschriften, bei denen es bei allen ihren Anzeigen gewährleistet ist, daß zwischen Annahme und Veröffentlichung der Anzeigen eine Frist von mindestens 14 Tagen liegt, können durch den zuständigen Militärbefehlshaber von der Verpflichtung zur Einreichung der einzelnen Anzeigen befreit werden.

Alle zum unverzüglichen Auslandsversand zugelassenen Ausgaben sind auf der vordersten Seite oder dem Umschlag durch ein oben rechts in der Ecke eingedrucktes Zeichen kenntlich zu machen.

Unberührt bleibt der amtliche Versand, der Feldpostversand, der Versand ins besetzte Gebiet und nach Oesterreich-Ungarn.

Zu widerhandlungen hiergegen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Frankfurt a. M., den 17. Oktober 1918.

Stellv. Generalkommando.
18. Armeekorps.

Abt. IIIb, 22 816/5296.

Einziges Bureau Vödgemeister des Kreises

welche noch mit Erledigung meiner Kreisblattverfügung vom 4. 10. d. Js. im Kreisblatt Nr. 233 vom 5. 10. d. Js., betr. Bestellung des Nachschlagswerkes für die Bezugsstellen, im Rückstande sind, werden an sofortige Erledigung erinnert.

Limburg, den 6. November 1918.

Der Vorsteher des Kreisamtes.

Dienstversammlung der Fleischbeschauer!

Am Mittwoch, den 13. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, findet im Schilleraal der „Alten Post“ zu Limburg eine Dienstversammlung der Fleischbeschauer statt. Die Herren Fleischbeschauer werden ersucht, vollzählig zu der Versammlung zu erscheinen.

Limburg, den 6. November 1918.

Wenzel, Rgl. Kreisleiterarzt.

Leset die amtlichen Bekanntmachungen!

Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß heute jeder die Pflicht hat, die amtlichen Bekanntmachungen aufmerksam zu lesen. Erwinnert sei daran, daß selbst das Amtsgericht durch die Behauptung von Urteilen anerkannt hat, daß diese Pflicht vor allem für Geschäftslente besteht; sie haben sich auf dem Laufenden zu halten, auch wenn die Bekanntmachungen nicht in den Tageszeitungen sondern nur in den zuständigen Kreisblättern erschienen sind. Wer auch die Bekanntmachungen in Frage, denn die Umstände der bewegten Zeit veranlassen viele Verordnungen, Verfügungen und Aufforderungen, die das Leben oder Erhalten der Bevölkerung beeinflussen. Wer nicht aufpaßt und sich um die amtlichen Bekanntmachungen nicht kümmert, kann erhebliche Nachteile erleiden, in seinen berechtigten Ansprüchen zu kurz kommen und sich strafbar machen.



Schmerzlich tönt an unser Ohr die Kunde,
Dass Du als erster aus der Altersrunde,
Hast Dein blühend junges Leben,
Für uns in den Tod gegeben.
Wir konnten Dich nicht sterben sehen,
Und nicht an Deinem Grabe stehen.
Nun bist Du tot, nie kehrst Du zurück,
Zum Dörchen, dem stillen, dem trauten.
Die irdische Heimat entschwand Deinem Blick,
Deine Augen die himmlische schauten.
Warst noch zu jung, starbst viel zu früh,
Vergessen werden wir Dich nie.

Nachruf.

In den schweren Kämpfen im Westen musste unser guter,
treuer Kamerad

Schütze Otto Stengel

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse.

im blühenden Alter von 20 Jahren nach beinahe 2-jähriger treuer
Pflichterfüllung sein Leben für das Vaterland lassen.

Heringen, den 20. November 1918.

4/259

In treuem Andenken von seinen Kameraden und Kameradinnen.

Verkaufsanzeigen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Nährmittel für Kranke.

Freitag, den 9. November d. J., nachmittags in der
Aula des alten Gymnasiums Ausgabe von Nahrungs-
mittel für Kranke, denen lt. Benachrichtigung
von der Ärzte-Kommission solche zugebilligt sind,
und zwar von 3-3 1/2 Uhr für Personen mit den Anfangs-
buchstaben A-K und von 3 1/2-4 1/2 Uhr für Personen mit
den Anfangsbuchstaben L-Z.

Auf die Person wird für zusammen 4,90 M. ausgegeben.
Die ausgegebenen Kontrollmarken sind vorzulegen.
Verzügliche Abreise werden bei der Ausgabe nicht ange-
nommen.

Limburg, den 5. November 1918.

1/259

Städtische Lebensmittel-Verkaufsstelle.

Lebensmittelfarten.

Die außerordentliche, terminmäßige Ausgabe der Lebens-
mittelfarten (Brotkarten, Fleischkarten usw.) bereitet in letzter
Zeit infolge Schwierigkeiten, als eine Anzahl Familien fast
gewöhnlichsmäßig die Lebensmittelfarten erst einige Tage nach
der Ausgabe sich vorzulegen lassen, wodurch die erforderlichen
Abschlussarbeiten und andere terminmäßigen Geschäfte verzögert
werden. Wir sehen uns daher gezwungen, darauf hinzuweisen, daß
fernerhin die rückständigen Lebensmittelfarten erst nach Ablauf
des dritten Tages nach dem Ausgabetermin ausgegeben werden
können.

Auch darin haben sich wiederholt Mißstände und Störungen
gezeigt, daß die Lebensmittelfarten-Abschnitte nicht vollständig
zur Hand waren oder zum Teil durch Verwechselungen un-
richtige Abschnitte vorgezeigt wurden. Es können selbstver-
ständlich nur solche neue Lebensmittelfarten ausgestellt werden,
als richtige Kartenabschnitte abgeliefert werden. Die Vergabe
der ganzen Lebensmittelfarten an die Geschäfte, wodurch in der
Regel die Verwechselung der Abschnitte vorkommt, ist nach den
Bestimmungen nicht statthaft.

Im Interesse einer geordneten und ungehinderten Ge-
schäftsführung müssen wir unbedingt vom Publikum erwarten,
daß es entsprechend dem oben Gesagten verfährt.

Limburg, den 6. November 1918.

2/259

Der Magistrat.

Die Einräumung der Bahn

Im 3. Strommeißerbezirk wird für das Winterhalbjahr 1918/19
am Freitag, den 8. November 1918 öffentlich meist-
bietend gegen gleich bare Bezahlung verpachtet und zwar
für die Strecke von Steeten km 10,0 bis Diez km
83,9, vormittags 8 1/2 Uhr Treffpunkt Schulpf. Limburg,
für die Strecke von Diez km 83,9 bis Ralloden
km 106,0, vormittags 11 1/2 Uhr Treffpunkt „Hafen“ Diez.
Diez, den 4. November 1918.

9/257

Königl. Wasserbauamt

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-
deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffs-Nachrichten
und Kupferstichdruck-Beilage
Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:
monatlich M. 2.20, vierteljährlich M. 6.60
Probennummer kosten- und portofrei

Weit über 150000 Abonnenten

Suche für Mitte Novbr.
ein ordentliches, sauberes

Zweitmädchen.

Frau Ingenieur Schäfer,
3259 Unt. Schiede 8.

Kaufmännischer

Lehrling

zum sofortigen Eintritt ge-
sucht. 6/259

Steingutfabrik Staffal,

G. m. b. H.,

Staffal bei Limburg a. d. L.

Ehrlicher, fleißiger

Hausbursche,

Frau oder Mädchen
zum Austragen v. Zeitungen,
für ganze oder halbe Tage

sofort gesucht. 11/257

Buchhandlg. Herz.

Handwerker

Gewerbetreibende

erhalten Auskunft, Rat und Hilfe

in allen Angelegenheiten:

Wirtschaftsfragen

Rohstoffbeschaffung

Fachliche Beratung

Steuersachen

Rechtsfragen

Technisches Rat

Forderungen

Buchführung

durch die Geschäftsstelle

des Kreisverbandes

für Handwerk und

Gewerbe

Limburg a. d. Lahn

im Schloss Fernnd 302

Lehrling,

mit guten Schulzeugnissen
gesucht. 12/257

Buchhandlg. Herz

Verhalten

bei Fliegerangriffen.

1. Ruhe ist die erste Pflicht. Panik
ist gefährlicher als Fliegeran-
griff.
2. Suche Schutz im nächsten Haus!
Fort von der Straße. Fort von
Haustüren und Fenstern! Neu-
gier ist Tod!
3. Fehlt Häuserschutz, dann Nie-
derwerfen in Gräben oder Ver-
tiefungen.
4. Nachts kümmer dich um keinen
Angriff.

Kriegsregeln.

1. Sehe sparsam mit deinen Vorräten um, denn du mußt
für die nächsten knappen Monate, möglichst bis zur nächsten
Ernte auskommen.
2. Gib von deinen Vorräten an die Behörden ab, soviel
du irgend kannst; denn sie müssen viel für die Städte und
Industriearbeiter liefern.
3. Schilt nicht auf die Behörden sondern auf die Feinde
denn diese allein sind an allen Einschränkungen Schuld.
4. Befolge die behördlichen Anordnungen, denn sie sind
nur deshalb gegeben, damit wir wirtschaftlich siegen können.
5. Denke an die Feldgrauen und besonders an Deine
Angehörigen draußen, denn die mußt du dadurch unterstützen,
daß du im wirtschaftlichen Kampfe alles tust, was in deinen
Kräften steht.
6. Denke daran, wie es wäre, wenn der Feind im Lande
stünde; der würde dir noch viel mehr abnehmen und du
würdest hungern müssen.
7. Denke wie es wäre wenn wir nicht siegen würden
dann würde nicht bloß Deutschland sondern auch du arm und
elend werden.
8. Wer zurückhält (Nahrungsmittel, Geld,) unterstützt
den Feind; Wer gibt, was er irgend entbehren kann, hilft
dem Vaterland.

Wenn du gewissenhaft alles erfüllst, was die schwere
Zeit von dir fordert, dann kannst du ein gutes Gewissen
haben, dann hast du deine Schuldigkeit getan und dabei
mitgegriffen, im wirtschaftlichen Kampfe um den Sieg zu
erringen.

Dauernde Spionengefahr!

Meidet öffentliche Gespräche über
militärische und wirtschaftliche Dinge!

Anforderung

an das reisende und verkehrtreibende Publikum
zur Unterstützung der Eisenbahnverwaltung bei Erfüllung
ihrer Aufgaben.

Die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen in der Heimat ist
zur Zeit beschränkt durch große Leistungen für die Heeres-
verwaltung, Abgabe zahlreicher Personals und Materials an
die Front und das besetzte Gebiet sowie starke Abnutzung der
Betriebsmittel.

Gleichwohl gilt es, steigende Anforderungen und bevor-
stehende neue Aufgaben zu erfüllen, z. B. für die Rüstungs-
industrie, die Militärverwaltung, die Verteilung der Kohlen
und Nahrungsmittel.

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit sind von der Eisen-
bahnverwaltung in weitestem Umfange Maßnahmen getroffen,
die aber nicht ausreichen, falls nicht auch das reisende und
verkehrtreibende Publikum die Eisenbahnverwaltung unterstützt.

Tatkräftige Mithilfe und Unterstützung durch alle Reisenden
und Verkehrtreibenden sind daher zur Erfüllung der großen
Aufgaben der Eisenbahnverwaltung dringend erforderlich.

Auf Beachtung folgender Punkte kommt es vornehmlich an

I. Einschränkung im Personen-, Gepäck- und Express (Eilgut)Verkehr.

Nicht dringliche Reisen müssen unterbleiben. Gepäck- und
Expressgüter sind auf das notwendigste Maß einzuschränken.

Auf jeden einzelnen und auf jedes einzelne Stück kommt
es an. Ueberfüllungen der Personen- und Packwagen führen
zu Zugverspätungen. Hierdurch werden Züge für den Heeres-
bedarf und die Volksernährung in Mitleidenschaft gezogen
und die Betriebsleistungen ungünstig beeinflusst.

II. Ausnutzung der verminderten Wagenbestände.

1. Ausnutzung der Güterwagen bis zur angeordneten
Tragfähigkeit Zusammenfassung der Bestellungen und Zu-
sammenladung der Güter für mehrere Empfänger an Orten,
die in derselben Richtung liegen

2. Schnelle Abfuhr der Güter, auch an Sonn- und
Feiertagen.

3. Gemeinsamer Bezug von Lebensmitteln, Rohstoffen usw.
durch Zusanfpruchnahme und Bildung von Bezugsgemein-
schaften, damit nach Möglichkeit die Abfuhr mit geschlossenen
Zügen erfolgen kann.

III. Vereinfachung des Verkehrs.

1. Unterlassung unnötiger und unwirtschaftlicher Transporte.
Der Bezug von ferngelegenen Orten muß vermieden werden,
sofern ein nähergelegenes Versorgungsgebiet vorhanden ist.
Dabei sind finanzielle Nachteile in Kauf zu nehmen und keine
Rücksichten auf allgewohnte und bequeme Bezugsgelegenheiten
zu nehmen.

2. Vermeidung von Sendungen auf kurze Entfernungen,
soweit sie durch Fuhrwerk oder Kraftwagen befördert werden
können.

3. Benutzung des Wasserweges namentlich für Massengüter
auf möglichst weite Entfernungen.

IV. Anpassung des Verkehrs an die örtlichen Verhältnisse der Bahnhöfe.

1. Beim Bau neuer Fabriken oder bei erheblichen Er-
weiterungen zuerst Ladestellen und Gleisanlagen ausbauen,
um bereits während des Bezuges von Baustoffen Störungen
zu vermeiden.

2. Rechtzeitige Benachrichtigung der Eisenbahnverwaltung,
sobald ein starker Verkehrszuwachs zu erwarten ist, damit
Ueberfüllung der Freiladegleise vermieden wird. Vereinba-
rung gleichmäßiger Zufuhr mit den Lieferanten, erforderlichen
falls rechtzeitiger Abstellung bestellter Wagen bei überstarkem
Zulauf.

Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen
trägt in militärischer wie wirtschaftlicher Beziehung mit in
erster Linie zu einem erfolgreichen Ausgang des Krieges bei.
Die Eisenbahnen müssen daher in dieser Zeit in erster Linie
dazu dienen, die Bedürfnisse des Heeres, der Volksernährung
und der Kriegswirtschaft zu befriedigen.

Der Ernst der Stunde verlangt, daß jeder
zu seinem Teile zur Entlastung der Eisen-
bahnen beiträgt.

Die Geschäftswelt

muss im eigenen Interesse über
alle behördlichen Verfügungen
auf dem Laufenden bleiben. Der

Limburger Anzeiger

der als amtliches Kreisblatt das
Sprachrohr der Behörden ist, bil-
det deshalb nach wie vor für
jeden Geschäftsmann ein unent-
behrliches Informations- u. Nach-
schlageblatt. Bestellungen werden
jederzeit in der Geschäftsstelle,
Brückengasse 11, sowie von allen
Trägerinnen entgegengenommen.